

Fast täglich berichten die Zeitungen von Finanzmarktpaniken, ökonomischen Krisen, politischen Revolten und ökologischen Katastrophen; was tun gegen diesen zum Alltag gewordenen Wahnsinn? Die Gründe für diese politischen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Turbulenzen hängen eng zusammen mit der Art und Weise, wie auf diesem Planeten die Warenproduktion und -verteilung vonstatten geht. In Anbetracht der ernststen Krise, in der dieses Wirtschaftssystem steckt, ist es nicht nur legitim, sondern dringend notwendig, grundsätzlichere Lösungsansätze für die Umgestaltung der ökonomischen Regulationsweise zu diskutieren.

19 Personen, darunter befinden sich so bekannte Namen wie Oskar Negt und Rudolf Hickel, stellen sich dieser Aufgabe in dem 2011 erschienenen Sammelband „Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!“ In 13 Beiträgen widmen sich die Autorinnen und Autoren, die allesamt einen wissenschaftlichen oder gewerkschaftlichen Hintergrund haben, der Frage nach der Sinnhaftigkeit und den Möglichkeiten einer umfassenden Demokratisierung des (Wirtschafts-) Lebens aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Herausgegeben wird das Buch von Hartmut Meine, Bezirksleiter der IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Michael Schumann, Soziologe und Professor (em.) an der Universität Göttingen, und Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

Was ist Wirtschaftsdemokratie? Da sich hinter dem Begriff Wirtschaftsdemokratie oft unterschiedliche Konzepte verbergen, extrahieren Dierk Hirschel/Thorsten Schulten, Hartmut Meine/Uwe Stoffregen sowie Hans-Jürgen Urban in ihren Überblicksbeiträgen die Grundprinzipien der unterschiedlichen Konzeptionen. Der Darstellung von Hirschel/Schulten folgend, geht es erstens um die Demokratisierung aller Ebenen wirtschaftlichen Handelns: vom Betrieb, zur Region, zur Gesamtwirtschaft. Insbesondere auf gesamtwirtschaftlicher Ebene sei es dabei in den letzten Dekaden zu Versäumnissen gekommen, was sich in der Krise durch die Erpressbarkeit der Politik durch die Finanzwelt offen zeigte. Auch der „Entpolitisierung der Wirtschaftspolitik durch scheinbar ‚unabhängige‘ Institutionen“ (Hirschel/Schulten, S. 91) wie Rating-Agenturen und der Europäischen Zentralbank soll mit demokratischer Kontrolle entgegengewirkt werden. Zweitens wenden sich wirtschaftsdemokratische Konzepte gegen den vermeintlichen Gegensatz von Markt und Staat. Dort, wo Märkte ihre Aufgabe mangelhaft erfüllen, sollten diese durch andere Eigentumsformen und Verfahren ersetzt werden. Bloß auf den Staat zu setzen, greife aber zu kurz, denn auch die Verstaatlichungspolitik war keine Erfolgsgeschichte. Die weitgehende demokratische Beteiligung der Bevölkerung bietet einen Ausweg aus dieser Dichotomie. Das dritte Grundprinzip betont die Einheit aus politischer und sozialer Demokratie. Denn ein Zuviel an sozialer Unsicherheit und Einkommenskonzentration führt zu Machtkonzentration und bedroht die politische Demokratie.

Innerhalb dieses polit-ökonomischen Rahmens befassen sich die zahlreiche Beiträge mit der Entwicklung von kon-

kreten Eckpunkten einer erweiterten wirtschaftsdemokratischen Mitbestimmung (Meine/Stoffregen und Urban), beschäftigen sich mit Möglichkeiten zu politischen Allianzen zur Durchsetzung solcher Ideen (Hans-Jürgen Urban sowie Michael Schumann/Richard Detje), diskutieren die Chancen für eine nachhaltige und sozial verantwortliche Unternehmenspolitik (Heinz Bierbaum), erläutern die Dimensionen und Implikationen der erweiterten Mitbestimmung bei Volkswagen (Alexandra Baum-Ceisig/Bernd Osterloh) und in spezifischen Industriesektoren (Jutta Blankau/Heino Bade) und -regionen (Dieter Knauß) und thematisieren die Rolle von Wirtschaftsdemokratie in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit (Carsten Maaß/Petra Wolfram).

Insbesondere erwähnenswert ist, dass ökologische Nachhaltigkeitsüberlegungen in diesem Band ernsthaft berücksichtigt werden. Es wird nicht nur in bald jedem Beitrag darauf hingewiesen, dass es sich um eine soziale und ökologische Transformation der Ökonomie handeln sollte, auch widmen sich zwei Beiträge (Kai Burmeister und Thomas Müller) explizit dem „ökologischen Umbau der Industriegesellschaft“. Diese erläutern anhand erhellender Beispiele aus der Praxis, wie gewerkschaftliche Aktivitäten in großen Industriebetrieben zur Etablierung nachhaltigerer Geschäftsbereiche führen können. Als Kritikpunkt diesbezüglich bleibt festzustellen, dass – insbesondere da das Konzept Wirtschaftsdemokratie von den meisten Autorinnen und Autoren sehr umfassend ausgelegt wird – sich eine umfassende Interpretation auch im Bereich der Ökologie anbieten würde. Konkret soll das heißen: Eine Symbiose aus wirtschaftsdemokratischen Überlegungen mit einer Arbeitszeitverkürzungspolitik wäre eine naheliegende und ökologisch sinnvolle Ergänzung dieses Konzepts. Und nicht zuletzt ist genügend Freizeit letztlich auch eine Voraussetzung erweiterter demokratischer Partizipation.

Um eines noch klarzustellen: In den Buchbeiträgen geht es nicht um die Reetablierung klassischer sozialistischer Ideen von selbstverwalteten Betrieben. Vielmehr geht es um vergleichsweise selbstverständliches, nämlich die „politische Entmachtung der Finanzmärkte und die Rückgewinnung des Primats demokratischer Politik“ (Urban, S. 49) und die „Dekommodifizierung des sozialen Lebens“ (Negt, S. 9). Die Ausweitung demokratischer Mitbestimmung auf den Bereich der Produktion wird dabei erstens als Hebel gesehen, der in den letzten Jahrzehnten stattgefundenen Entmachtung von Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und Gewerkschaften einen Riegel vorzuschieben; und zweitens als wichtiger Bestandteil einer attraktiven sozialen und ökologischen Wirtschaftsalternative verstanden (siehe bspw. Burmeister und Müller, Urban und Schumann/Detje).

Dabei wird an eine lange historische Tradition angeknüpft: Wirtschaftsdemokratische Überlegungen spielten in Arbeiterassoziationen seit jeher eine wichtige Rolle, aber auch der liberale britische Ökonom John Maynard Keynes sprach sich in Reaktion auf die ökonomischen Probleme der 1920er und 30er Jahre für die „Sozialisierung von Investitionen“ und die Etablierung von wirtschaftlichen Koordi-



Hartmut Meine/Michael Schumann/Hans-Jürgen Urban (Hrsg.): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!

VSA-Verlag, Hamburg 2011,

ISBN 978-3-89965-452-3,
216 S., 16,80 €

nierungskomitees aus, die dem Parlament verpflichtet sind. In der deutschen Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie waren wirtschaftsdemokratische Überlegungen bis in die 1980er Jahre hinein Teil der Reformagenda.

Insgesamt schafft es das Buch, zahlreiche Dimensionen von Wirtschaftsdemokratie anzusprechen und dabei sehr spannende Denkansätze aufzuzeigen. Wirtschaftsdemokratische Überlegungen, das wird bei der Lektüre dieses Buchs deutlich, sind ein bisher viel zu wenig genutzter Hebel für eine – aus offensichtlichen Gründen dringend notwendige – demokratische, soziale und ökologische Umgestaltung unserer Wirtschaft. Gleichzeitig merkt man vielen Beiträgen aber auch an, dass es sich beim Diskussionsgegenstand um ein teilweise noch vages und visionäres Konzept handelt. Beachtenswert ist allerdings, wie viel Literatur zu diesem Thema in den letzten Jahren entstanden ist. Dies lässt darauf schließen, dass insbesondere in den Gewerkschaften und deren Umfeld eine rege Debatte in Gang gekommen ist, wie ein sozial und ökologisch verträgliches Gegenkonzept zum gegenwärtigen „Shareholder-value“-Kapitalismus aussehen kann. Spannend bleibt die Frage, ob und wie dieses entstehende Gegenkonzept Eingang in die (Gewerkschafts-)Politik finden wird. ■

Simon Sturn, Amherst

Seit 20 Jahren hat sich in Deutschland die jahrzehntelange Benachteiligung von Mädchen und jungen Frauen in Schule und Hochschule in einen Chancenvorsprung zuungunsten der Jungen und jungen Männer verwandelt. Diese nicht nur temporäre Umkehr der geschlechtsspezifischen Benachteiligung hat in allen entwickelten Industriegesellschaften stattgefunden. In Deutschland ist sie weniger ausgeprägt als in anderen Ländern. Der von Andreas Hadjar herausgegebene Band versammelt 17 Beiträge, die sich auf vielfältige Weise mit dieser neuen Entwicklung befassen. Erfreulich an dem Band ist die vergleichende Perspektive, die durch die Berücksichtigung schweizerischer, österreichischer und britischer Autoren, aber auch durch den Beitrag des Herausgebers selbst (und seines Kollegen J. Berger) zum Zuge kommt („Geschlechtsspezifische Bildungsungleichheiten in Europa: Die Bedeutung des Bildungs- und Wohlfahrtssystems“).

Die Beiträge sind in drei großen Teilen organisiert: In Teil 1 geht es um die Beschreibung und Erklärung des historischen Prozesses, in dem Mädchen und junge Frauen die Expansion der höheren Bildung besser für sich nutzen konnten als Jungen und junge Männer. In Teil 2 wird innerhalb des allgemeinbildenden Schulsystems genauer untersucht, wie geschlechterspezifische Unterschiede der Kompetenzen, der Schulwahlen, der Noten und der Berechtigungen zu erklären sind. In Teil 3 schließlich stehen „Rückblicke auf die Debatte um geschlechtsspezifische Ungleichheiten und den Bildungsmisserfolg der Jungen“ im Mittelpunkt. Hier werden am ehesten die spannenden normativen und politischen

Fragen erörtert, die sich mit dem Wandel der Bildungschancengleichheit zuungunsten der Jungen ergeben.

Die Mehrzahl der Beiträge stammt aus empirischen, quantitativen Forschungsprojekten. Eine Schulstudie aus Bern unternimmt den Versuch, quantitative und qualitative Methoden zu integrieren (Lupatsch, J./Hadjar, A: Determinanten des Geschlechterunterschieds im Schulerfolg; Grünwald-Huber, E./St. Gyin, St./Braun, D.: Wie inszenieren sich Schülerinnen und Schüler im Unterricht?). Dieser Bezug zur spezialisierten Forschung unterscheidet den Band von einer Gesamtdarstellung wie etwa dem jüngst erschienenen, informativen Jahresgutachten der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (Hrsg.): Geschlechterdifferenzen im Bildungssystem. Jahresgutachten 2009. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009.

Wenn man die Beiträge in Teil 1 und 2 darauf hin befragt, welche geschlechtsspezifischen Ungleichheiten von Bildung sie thematisieren, so liegt der Schwerpunkt auf den verschiedenen Stufen des allgemeinbildenden Schulsystems und der Hochschulen, weniger bei der Vorschulerziehung und der beruflichen Bildung. Zwei Beiträge befassen sich mit geschlechtsspezifischer Ungleichheit in der Grundschule (Neugebauer zur Übergangsempfehlung in der 4. Klasse; Baier/Pfeiffer zum Zusammenhang von Mediennutzung und Schulleistung). Fünf Beiträge untersuchen Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I: Leitgöb/Bacher/Lachmayr zur Benachteiligung von Jungen im österreichischen Schulsystem; die beiden schon oben erwähnten Berner Studien von Lupatsch, Hadjar und von Grünwald-Huber et al.; Hascher/Hagenauer zu Wohlbefinden und Emotionen in der Schule; Lazarides/Ittel zum mathematischen Fachinteresse. Einen etwas anderen, jugend- und entwicklungspezifischen Akzent setzen Quenzel/Hurrelmann mit dem Thema Entwicklungsaufgaben und Schulerfolg.

Der Übergang in das Hochschulsystem steht bei drei Aufsätzen im Mittelpunkt (Becker, R./Müller, W.: Bildungsungleichheiten nach Geschlecht und Herkunft im Wandel; Lörz, M./Schindler, St.: Geschlechtsspezifische Unterschiede beim Übergang ins Studium; sowie der schon oben erwähnte Beitrag von Hadjar und Berger zu geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in Europa). Mehrjährige Bildungsverläufe nach Abschluss der Schulpflicht untersuchen Hupka-Brunner, Samuel, Huber und Bergman für die Schweiz.

Wie die Stichworte zu den Aufsatz-Titeln schon andeuten, differenziert die empirische Forschung das zunehmend aus, worin sich Jungen und Mädchen im „Bildungserfolg“ unterscheiden und was zu erklären ist. Den empirisch ausdifferenzierten Befunden stehen populäre und wissenschaftliche Erklärungsmuster gegenüber, die eine Art Ordnung und Sinnhaftigkeit in die Empirie tragen sollen. Eine populäre (in den Medien vielfach zu findende) Erklärung lautet, dass die „Feminisierung“ des Lehrerberufes den Chancenvorteil von Mädchen und jungen Frauen bei den Berechtigungen und bei den Schulnoten verursacht habe. „Feminisierung“ meint dabei den wachsenden Anteil weiblicher



HADJAR, ANDREAS (HRSG.):
GESCHLECHTSSPEZIFISCHE
BILDUNGSUNGLEICH-
HEITEN

VS Verlag für
Sozialwissenschaften,
Wiesbaden 2011,

ISBN 978-3-531-17288-0,
453 Seiten, 34,95 €

Lehrkräfte in allen Schulformen, vor allem aber in der Grundschule. Lehrerinnen würden danach mehr Verständnis und Einfühlungsvermögen für Schülerinnen als für Schüler haben; diese wiederum reagierten darauf mit unkooperativem Verhalten, das seinerseits die Notengebung bzw. die Schulempfehlung negativ beeinflusst. Mehrere Beiträge des Sammelbandes können die Feminisierungsthese nicht bestätigen (Leitgöb et al., S. 172; Lupatsch/Hadjar, S. 197; Neugebauer, S. 238, 251; Baier/Pfeiffer S. 272, 281). Neugebauer zeigt, dass Lehrer die Schülerinnen und Schüler gleichermaßen strenger beurteilen als Lehrerinnen. Jungen profitieren damit mehr von Lehrerinnen als von Lehrern.

Wenn es nicht die „Feminisierung des Lehrerberufs“ ist, die den wachsenden Bildungserfolg von Mädchen und jungen Frauen erklären kann – welche Ursachen kommen dann in Betracht? Bei den Berechtigungen und bei den Wahlen von Bildungsgängen/Schulformen stehen Erklärungen im Mittelpunkt, die rationale Kosten- und Ertragsüberlegungen betonen. Dass Mädchen bei der Wahl von Realschulen und Gymnasien und beim anschließenden Hochschuleintritt die Jungen überholt haben, erklären Becker und Müller weniger aus dem „primären Effekt“ der Geschlechtszugehörigkeit auf die Schulleistungen. Diese waren schon zu Zeiten der Privilegierung von Jungen bei den Mädchen höher. Vielmehr hat sich der „sekundäre Effekt“ der Geschlechterzugehörigkeit auf das Wahlverhalten an den Verzweigungspunkten der Bildungslaufbahn verändert: Mädchen und junge Frauen antizipieren die günstiger gewordenen Beschäftigungsmöglichkeiten in höheren Dienstleistungsberufen und streben daher höhere Ausbildungen an, während Jungen mit größerer Wahrscheinlichkeit die Berufsausbildung und gewerblich-technische Berufe vor Augen haben. Dieser Unterschied ist besonders bei Kindern aus Arbeiterfamilien ausgeprägt.

Die Bedeutung des „upgrading“ der Berufe, das vermehrt Bildungsanstrengungen im weiterführenden Bildungssystem erfordert, betonen auch Quenzel und Hurrelmann in ihrer Erklärung des zunehmenden Mädchen-Vorsprungs beim Bildungserfolg. Sie geben ihr aber eine andere Richtung als die Theorie rationalen Wahlverhaltens. Danach sind Jungen immer weniger als Mädchen in der Lage, die Entwicklungsaufgaben, vor allem des Jugendalters, zu lösen (z. B. die schulische und berufliche Qualifizierung, die Gestaltung sozialer Beziehungen und der Freizeit/des Medienkonsums). Ihr sehr breiter Erklärungsversuch bezieht Verhaltensbereiche ein, mit denen sich andere Autoren des Bandes speziell befassen: so Baier/Pfeiffer zum Zusammenhang von Medienkonsum (insbesondere gewalthaltigem) und Schulleistungen; Lupatsch/Hadjar zur größeren Schulentfremdung von Jungen; Hascher/Hagenauer zum subjektiven Befinden in der Schule und zu „Lernemotionen“ (Lernfreude, Langeweile).

Der Vorsprung der Mädchen ist am klarsten auf der Ebene allgemeiner Bildungserfolge nachweisbar, wie etwa unterschiedlich hohen Berechtigungen oder Notendurchschnitten – das Bild wird komplexer, wenn fachspezifische

Leistungen und Kompetenzen einbezogen werden. Hier zeigen sich horizontale Ungleichheiten nach Fächern, die mit geschlechtsspezifisch verschiedenen Interessen und Kompetenzen verbunden sind. Lazarides und Ittel erklären, weshalb für die Entwicklung des Mathematikinteresses von Mädchen die Unterstützung durch Eltern und Lehrer wichtiger ist als für Jungen. Für den normativen Diskurs, der vor allem im 3. Teil des Bandes geführt wird, stellen diese empirischen Differenzierungen eine besondere Herausforderung dar. Zu Beginn dieses Teils blickt H. Diefenbach auf die Rezeption eines wegweisenden Aufsatzes von 2002 zurück, den sie zusammen mit M. Klein verfasst hatte. Er wies die Benachteiligung von Jungen auf der Ebene des Schulbesuchs und der Abschlüsse klar nach. Diefenbach beschreibt den Widerstand gegenüber diesem „politisch inkorrekten“ Ergebnis und zeigt sich erbost, dass die eklatante Verletzung des meritokratischen Prinzips bei Jungen offenbar nicht so ernst genommen wurde wie in den Jahren davor bei Mädchen. Sie hat darin sicherlich recht, wenn allein die Ebene der Berechtigungen betrachtet wird. Berücksichtigt man jedoch zusätzlich zur Berechtigung die Notendurchschnitte (die ja bei Mädchen höher liegen als bei Jungen), so könnte der Berechtigungsvorsprung legitimiert erscheinen. Genau so argumentiert Neugebauer (S. 239, 256): Mädchen hätten jahrzehntelang ihre besseren Leistungen nicht in Berechtigungen „umgesetzt“, erst jetzt geschehe dies.

In den übrigen Beiträgen des Teils 3 ist das Bemühen um eine „ausgewogene“ Betrachtung der Geschlechterungleichheiten (B. Francis und Chr. Skelton) zu erkennen. Francis und Skelton betonen in ihrem Forschungsbericht über Großbritannien, dass die Unterschiede der Geschlechter hinsichtlich der Leistungen relativ gering sind und schon lange bestehen (S. 372f.). Als Erklärung kommen für sie vor allem die Geschlechterkonstruktionen von Jungen und Mädchen in Frage. Leemann/Imdorf stellen die Benachteiligung der Jungen im Bildungssystem in den breiteren Kontext der anschließenden Berufskarriere und der Familienarbeit, in der sich Ungleichheiten wieder zuungunsten der Frauen umkehren. Faulstich-Wieland setzt bei der Frage an, ob mehr Männer in der (Grund-)Schule die Bildungsungleichheiten von Jungen abbauen könnten. Sie weist diese Problemstellung zugunsten eines allgemeinen „diversity management“ zurück, das nicht mehr polarisierend auf eine Jungen- oder Mädchengruppe blickt. In eine ähnliche Richtung zielt der Beitrag von Grunwald-Huber, die pädagogische Konsequenzen aus den empirischen Befunden des Bandes zieht.

Der Sammelband gibt einen sehr guten Einblick in die aktuelle quantitative Bildungsforschung zum Thema geschlechtsspezifischer Ungleichheit. Qualitative Methoden allerdings kommen, mit einer Ausnahme, zu kurz; das gilt auch für konstruktivistische Erklärungsansätze, die für Ungleichheiten von Macht und Prestige in den Beziehungen der Geschlechter sensibel sind. ■

Wulf Hopf, Göttingen



**SIGRID METZ-GÖCKEL/
CHRISTINA MÖLLER/
NICOLE AUFERKORTE-
MICHAELIS:
WISSENSCHAFT ALS
LEBENSFORM – ELTERN
UNERWÜNSCHT?**

Kinderlosigkeit und
Beschäftigungsverhältnisse
des Wissenschaftlichen
Personals aller Nordrhein-
Westfälischen Universitäten

Verlag Barbara Budrich,
Opladen 2009,

ISBN 978-3-86649-093-2,
215 Seiten, 19,90 €

Der Wissenschaftsbereich gehört zu den gesellschaftlichen Feldern, in denen eine Vereinbarkeit von qualifizierter Berufstätigkeit und aktivem Familienleben besonders schwer zu sein scheint. Belastbares empirisches Wissen darüber, wie viele und welche Studierenden Kinder haben, ist vergleichsweise rar. Und auch darüber, wie es sich mit dem Kinderhaben beim wissenschaftlichen Personal in Hochschule und Forschung verhält, ist wenig bekannt. Weitgehend fraglos wird die vermeintliche Unvereinbarkeit von Wissenschaft und Elternschaft als vorgeblich unvermeidbare Nebenfolge des Arbeitsethos und der Arbeitsbedingungen im Wissenschaftssystem hingenommen. An diesem Problem setzt das durchweg gut lesbare Buch von Sigrid Metz-Göckel, Christina Möller und Nicole Auferkorte-Michaelis an. In der zugrunde liegenden Studie fragen die drei Hochschulforscherinnen, „inwiefern wissenschaftliche Karriere und Elternsein in einem System zu vereinbaren sind, das keine Unterscheidung von Lebenszeit in Arbeits- und Freizeit oder gar Familienzeit kennt, sondern dazu tendiert, die ganze Person in Anspruch zu nehmen“ (S. 14).

Den Kern bildet die Untersuchung des wissenschaftlichen Personals aller 21 nordrhein-westfälischen Universitäten hinsichtlich der Beschäftigungsverhältnisse und des Elternseins. Dabei wurden die beiden Statusgruppen des sogenannten wissenschaftlichen Mittelbaus, der mehrheitlich befristet beschäftigt ist, und der Professuren getrennt und differenziert nach Geschlecht betrachtet. Als empirische Grundlagen dienen die Daten des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik sowie des Landesamtes für Besoldung und Versorgung für die Jahre 1994 und 2004, die für die Untersuchung zusammengefügt wurden. Ergänzend wurden 17 leitfadengestützte Interviews mit befristet beschäftigten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Universitäten Dortmund und Duisburg-Essen durchgeführt. Die Befragten gehörten verschiedenen Fachrichtungen an und hatten zum Interviewzeitpunkt Kinder bzw. waren kinderlos. In theoretischer Hinsicht gehen die Autorinnen von „Wissenschaft als Lebensform“ und der „Institutionenstrukturiertheit des wissenschaftlichen Lebenslaufs“ (S. 15) aus, wobei leider der hierfür verwendete „Lebenswelt- und Lebenslaufansatz“ (S. 15) kaum explizit ausgeführt wird. Dieser theoretische Rahmen verdeutlicht, dass die Verfasserinnen Kinderhaben bzw. Kinderlosigkeit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nicht nur als auf individuellem Handeln beruhend, sondern auch als institutionell bedingt verstehen. Die Entscheidung für oder gegen Elternschaft wird somit als verknüpft mit den als prekär bezeichneten Beschäftigungsbedingungen und der damit verbundenen unsicheren Zukunftsperspektive gedeutet.

Das Buch ist in 13 Kapitel sehr unterschiedlichen Umfangs mit manchmal nur sehr knapper Argumentation gegliedert, die durch eine Einleitung (Kap. 1) und eine Zusammenfassung (Kap. 13) eingerahmt werden. Eingangs geben die Autorinnen einen Überblick über das Spannungsverhältnis von wissenschaftlicher Karriere und Elternschaft

(Kap. 2) und stellen das Konzept der asymmetrischen Geschlechterkultur an Hochschulen vor (Kap. 3). In den folgenden Kapiteln werden die Bedingungen und Beziehungen der Elternschaft (Kap. 4) und zur Elternschaft qualifizierter Paare (Kap. 5) – eingebettet in allgemeine Befunde zur demografischen Entwicklung – dargestellt. Dann umreißen die Verfasserinnen die Rahmenbedingungen für die universitären Beschäftigungsverhältnisse (Kap. 6) und für die wissenschaftlichen Qualifizierungsprozesse (Kap. 7) mit Blick auf die strukturellen und lebenslaufbezogenen Folgen für das Elternsein. Der empirische Teil der Studie besteht aus Darstellungen zur Datenermittlung und zum methodischen Vorgehen (Kap. 8) sowie den Ergebnispräsentationen der statistischen Auswertungen und der qualitativen Interviews zum akademischen Mittelbau (Kap. 9) und der Daten zu den Professuren (Kap. 10). Er wird abgeschlossen mit Angaben zu Bedarf und Qualität von Kinderbetreuungsangeboten seitens des wissenschaftlichen Personals (Kap. 11). Eine Fallstudie zur Technischen Universität Dortmund zeigt schließlich, wie sich die Struktur der aggregierten Daten auf Landesebene exemplarisch abbildet (Kap. 12).

Die Studie belegt eindrücklich, dass die wissenschaftlichen Qualifizierungsanforderungen und die Rahmenbedingungen der Beschäftigungsverhältnisse im akademischen Mittelbau für Kinder „systembedingt“ (S. 195) immer weniger Platz lassen. „Ein Leben mit Kindern und eine wissenschaftliche Karriere zu verbinden, fordert zunehmend auch die neue Vätergeneration unter den Wissenschaftlern heraus und ‚beeinträchtigt‘ ihre Karriere. Die Vereinbarkeitsleistungen der Mütter, die sich für eine wissenschaftliche Karriere entschieden haben, sind jedoch weiterhin deutlich höher und anspruchsvoller. Die beiden Ausschlussbereiche ‚Mutterschaft‘ und ‚Wissenschaftskarriere‘ werden zum Drahtseilakt für diejenigen, die sich trotz der wissenschaftlichen Herausforderungen für eine Familiengründung entscheiden“ (S. 144). Für die Ebene der Professuren zeigt die Untersuchung, dass Professoren im Vergleich zu Professorinnen mehr als doppelt so häufig Kinder haben, wenn auch mit abnehmender Tendenz, denn die Kinderlosen unter ihnen hätten zugenommen. Bei den Professorinnen hingegen nehme die Kinderlosigkeit ab, und es fänden sich mehr Mütter.

Die Schlussfolgerungen der Autorinnen münden in die Forderung nach einer „Humanisierung der Universität als Arbeitsplatz“ (S. 197), wobei leider konkrete Vorschläge fehlen, wie dies aussehen könnte. Hier hätte ein Blick über die nationalstaatlichen Grenzen hinaus in andere Wissenschaftssysteme weiterführend sein können. Das schmälert jedoch nicht den Verdienst der Untersuchung, den problematischen Zusammenhang zwischen generativem Handeln und wissenschaftlicher Tätigkeit empirisch ausgeleuchtet zu haben. So ist die Studie nicht nur wissenschaftlich ertragreich, sondern in ihren Ergebnissen auch für die Wissenschafts- und Hochschulpolitik unverzichtbar. ■

Heike Kahlert, Rostock